



Androsch: „Der Bund trägt die Kosten der Landeslehrer seit 1948“

Sehr geehrter Herr Doktor Brandstätter, die von Ihnen in der Ausgabe vom 1. September des KURIER in Ihrem Kommentar „Ein Fall für Schmied“ getroffene Feststellung“ entspricht nicht den Tatsachen. Da heißt es: „Die Aufteilung in Bundes- und Landeslehrer ist die Folge eines Budget-Tricks von Finanzminister Hannes Androsch. Er wollte die Personalkosten für die Pflichtschullehrer ausgliedern und übertrug diese den Ländern, wobei sie der Bund weiter bezahlen musste.“

Die Regelung, dass der Bund die Kosten der Landeslehrer trägt, wurde nicht während meiner Tätigkeit als Finanzminister eingeführt, sondern besteht auf Grund eine Bundesverfassungsbestimmung seit 1948 (BGBl. Nr. 88/1948)!

Ich bin davon überzeugt, dass Sie diese Richtigstellung im Interesse einer objektiven Berichterstattung Ihrer geschätzten Leserschaft nicht vorenthalten werden.

Dr. Hannes Androsch
AIC Androsch International
Management Consulting GmbH



KOMMENTAR

Ein Fall für Schmied



Unser Schulsystem ist auch für Lehrer nicht attraktiv. Wir haben zu wenige.

VON **HELMUT BRANDSTÄTTER**

Wochenlang hat sich die österreichische Innenpolitik damit beschäftigt, ob die Lehrer dem Bund oder den Ländern gehören sollen. Jetzt stellt sich heraus: Es gibt zu wenige von ihnen (siehe Seite 3). Das ist der Beweis dafür, dass unser vielgliedriges Schulsystem bis hinunter zu den Bezirken nicht einmal sich selbst verwalten kann, von einer sinnvollen Organisation im Sinne der Schüler gar nicht zu reden.

Die Aufteilung in Bundes- und Landeslehrer ist die Folge eines Budget-Tricks von Finanzminister Hannes Androsch. Er wollte die Personalkosten für die Pflichtschullehrer ausgliedern und übertrug diese den Ländern, wobei sie der Bund weiter bezahlen musste.

Solange dieser Unsinn niemandem wehtat, war er Teil unserer Föderalismus-Folklore. Aber jetzt wird's gefährlich. Jetzt werden halb ausgebildete Studenten auf Schüler losgelassen; und je nach Situation werden sich die einen vor den anderen fürchten.

Ministerin Schmied kann und muss sich jetzt durchsetzen. Einen besseren Beweis für die Notwendigkeit einer klaren Organisation wird sie nicht mehr bekommen.

P.S.: Einen Vorteil hat der Lehrermangel. Keiner wird gefragt werden, ob er schon ein Parteibuch hat.

helmut.brandstaetter@kurier.at